

08. Dezember 2021

Schriftliche Anfrage

von Barbara Wiesmann (SP)
und Matthias Renggli (SP)

In der Schweiz darf Werbung nicht in Briefkästen geworfen werden, wenn ein Aufkleber «Keine Werbung» angebracht ist. Amsterdam hat 2018 das System der Verteilung der Werbung per Post zu einem «opt-in»-System eingeführt. Das heisst, wenn kein «Werbung OK»-Aufkleber am Briefkasten befestigt ist, darf keine Werbung eingeworfen werden. Dadurch ging in Amsterdam die Menge an Papierwerbung im folgenden Jahr um 50% zurück, was 33 kg pro Haushalt bzw. 1800 t insgesamt pro Jahr entspricht. Die Produktion von Papier ist mit dem Verbrauch von viel Energie und Wasser verbunden. Bei unerwünschter Werbung fällt die Produktion, der Versand und die Entsorgung an, welche zugunsten der Umwelt unterbleiben könnten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welcher Anteil der Briefkästen in Zürich haben einen «Keine Werbung»-Aufkleber, keine Kennzeichnung betreffend Werbung oder einen «Werbung OK»-Aufkleber?
2. Wieviel Papier könnte mit einem Wechsel zu einem «opt-in»-System eingespart werden?
3. Sieht der Stadtrat eine Notwendigkeit Massnahmen gegen die Werbeflut in den Briefkästen einzuleiten? Wenn nein, warum nicht?
4. Könnte ein Wechsel zu einem «opt-in»-System, d.h. Werbung darf nur eingeworfen werden, wenn ein «Werbung OK»-Aufkleber angebracht ist, auf kommunaler Ebene umgesetzt werden? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie stellt sich der Stadtrat zur simplen Option, allen Haushalten zusammen mit einem anderen Versand – beispielsweise des Abfallkalenders – einen «Keine Werbung»-Aufkleber zusammen mit einem kurzen Informationsschreiben beizulegen?
6. Welche weiteren Optionen gibt es, um auf kommunaler Ebene gegen die Werbeflut in den Briefkästen vorzugehen?



